

Die politischen Wünsche der Bayerischen Volkspartei.

München, 4. Jan. Die Bayerische Volkspartei hat für das Jahr 1922 eine Reihe politischer Wünsche aufgestellt, die die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz veröffentlicht. Der Bundestag ist auf den Grundrissen der Verfassungsreform in Bayern wie im Reich gestimmt. In Bayern wird vor allem eine Beschränkung der Machtbefugnisse des Landtages, ein Staatspräsident, die Schaffung einer Zweiten Kammer und der Ausbau der Verwaltungsvorschriften über das Volksbeschwerden gefordert. Für die Milderung der Reichsverfassung wird eine Milderung im föderalistischen Sinne verlangt und das Reich vor weiteren unitarischen Maßnahmen gewarnt. In dem Gesetz zum Schutz der Republik wird erklärt, daß es für Bayern nur annehmbar sei, wenn die Bewegungsfreiheit der Länder in weitestgehendem Maße respektiert werde. Im Verkehrswesen wird eine eigene Wasserbauverwaltung für Bayern gewünscht, in der Eisenbahnverwaltung alles zentralistische Gepräge verurteilt.

Empfang einer Quäkerabordnung beim Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Jan. Anlässlich des zweijährigen Gedenktages der Ankunft der amerikanischen Kinderhilfsmission in Deutschland empfing der Reichspräsident gestern eine Abordnung der amerikanischen und englischen Quäker zu einer Tasse Tee. Der Reichspräsident gedachte in seiner Ansprache der Verdienste der Quäker und der hinter ihnen stehenden amerikanischen Spender um Leben und Gesundheit von Millionen deutscher unterernährter Kinder und hoffender und trauernder Mütter und brachte den Dank der Reichsregierung und des deutschen Volkes für das großzügige Liebeswerk zum Ausdruck.

Zurückweisung der böswilligen Ausstreunungen über Kaiser Wilhelm.

Berlin, 4. Jan. Der Generalbevollmächtigte Kaiser Wilhelm II. erklärt eine Erklärung, wonach die in letzter Zeit aus der Auslandspresse von deutschen Matrone übernommenen Gerüchte über eine beabsichtigte Wiederernennung Wilhelm II. vollständig aus der Luft gegriffen sind. Diesen unheimlichen Gerüchten, welche es in der Erklärung, kann nur eine böswillige Absicht zugrunde liegen, da jedermann weiß, daß seit dem Oetungange der Kaiserin erst acht Monate verstrichen sind.

Rolle Gewerkschaftler gegen die Kruppische Arbeiteraktion.

Die Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu dem Vorhaben der Firma Krupp, Aktien an Werkangehörige auszugeben. Ein Referent vom Bund der technischen Industriellen meinte, es werde zu keiner gesunden Entwicklung der Wirtschaft führen, wenn ein Teil der Werkangehörigen sich nun ebenfalls als „Wirkhaber“ fühle. Die Wirkung der Gewinnbeteiligung der Werkangehörigen würde sein, daß die Arbeiterschaft ihr eigenes Antreiben würde. Der Betriebsrat, der Arbeiter- und Arbeiterrot der Firma Krupp in Essen nahm zu der Frage folgende Entscheidung an:

„Was abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer auf Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilhaber angesehen werden. Dadurch werden Interessenkonflikte geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Massen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müssen, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigungen, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.“

Die Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Essen des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt diese Entscheidung an und machte sie zu der ihrigen. Die Radikalen des Metallarbeiterverbandes fürchten offenbar, daß die Arbeiteraktion des Wirtschaftsrieden fördern werde.

Der Bombenattentäter von Dinkelsbühl.

München, 4. Dez. In Dinkelsbühl wurde als Bombenwerfer ein Arbeiter August Klingler überführt. Die Bombe war nicht mit einem elektrischen Zeitungsdrat, sondern mit einer Zündschnur entzündet worden. Verhaftet sind insgesamt 12 Personen, darunter 12 schwer. Diese befinden sich jedoch größtenteils auf dem Wege der Besserung. Nur ein Verlegter schwört in Lebensgefahr.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Madame Butterfly“ (188); Schauspielhaus: „Richard II.“ (7); Stadttheater Schauspielhaus: „Der Weg in die Christnacht“ (3); „Der Vulkan“ (188); Residenz-Theater: „Die Eisprinzessin“ (184); „Scham“ (188); „Volte“ (188); Zentral-Theater: „Michel, der Aufsteiger“ (184); „Die Braut des Lucullus“ (188 Uhr).

† Mitteilung der Staatstheater. Schauspielhaus: Wegen Erkrankung von Frau Maximiliane Weibren muß die für heute, Donnerstag, angekündigte Vorstellung von „Romeo und Julia“ abgesetzt werden. Es wird statt dessen Shakespeares „Richard II.“ gegeben. Anfang 7 Uhr.

† Das nächste Kolloquiumkonzert am Freitag leitet Professor Hermann Krause. Zur Aufführung gelangt die „Donauberg“-Operette und die erste Sinfonie von Mahler. Als Solist tritt Fritz Lillhagen eine Arie aus „Cunegunde“ von Liszt auf, sowie Orchesterlieder von Wagner, darunter eine Trauhszene.

† Ein Hochhauswettbewerb. Für ein Hochhaus in Düsseldorf hat der Stamm-Kongress einen Wettbewerb unter mehreren der hervorragenden deutschen Architekten ausgeschrieben. Das Preisgericht erkannte den ersten Preis Professor Paul Bonah in Stuttgart zu, den zweiten Professor Wilhelm Kreis in Düsseldorf, den dritten Professor Peter Behrens in Berlin.

† Ein Verbandsinstitut für Hochgebirgsphysiologie. Die Gründung eines Verbandsinstituts für Hochgebirgsphysiologie, an dem man sich besonders mit den Dornschichten Forschungen beschäftigen wird, ist der Deutschen Hochgebirgsforschungsvereins zufolge in Davos in Aussicht genommen.

† Für das Volkshaus in Wehr. Im Sommer 1922 werden 150 Jahre verstrichen sein, seitdem Goethe in der Sammergerichtsstadt Wehr weilte. Die Stadt Wehr plant, die Erinnerung festlich zu begehen. Sie will zu diesem Zwecke das Volkshaus und den Deutschordenshof, die durch ihre Beziehungen zu Goethe denkwürdig sind, wieder in guten Zustand versetzen, die Sammlungen des Volkshauses vervollständigen und eine umfassende Werther-Ausstellung veranstalten. Um die Mittel dazu auszubringen, welche die Stadt allein nicht tragen kann, richtet ein Wehrer Ausschuss einen Aufruf an alle Mitglieder der großen

Verliches und Sächsisches.

Bevorstehende Umänderung des Straßenbahnnetzes.

Zweckmäßigere Linienführung bei Verringerung der Betriebskosten.

Schon vor dem Kriege hatte die Direktion der Städtischen Straßenbahn, wie erinnerlich, in der sogenannten großen Linienvorlage umfangreiche Erweiterungen und Veränderungen des bestehenden Straßenbahnnetzes ausgearbeitet, auf deren Durchführung im geplanten Ausmaß aber heute angesichts des dafür erforderlichen Gesamtaufwandes (1921 etwa 60 Millionen Mark gegenüber den 28 Millionen Mark von 1914) verzichtet werden muß. Dafür hat jetzt die Straßenbahn in einer kleinen Linienvorlage eine Reihe von Linienänderungen und Verkehrsverbindungen vorgeschlagen, die keine oder nur verhältnismäßig geringe Baukosten erfordern, andererseits aber recht beachtliche Verkehrsverbesserungen mit sich bringen. Besonders zu betonen ist, daß sich diese Umänderung des Straßenbahnnetzes ohne Steigerung der Betriebskosten durchführen läßt; man errechnet sogar eine Verringerung um 165 000 Wagenkilometer im Jahr. Das bedeutet eine Erparnis von rund 700 000 Mark. Die neuen Verkehrsverbindungen kommen zudem vielfach aus der Bürgerlichkeit geäußerten Wünschen entgegen, so daß der Post hoffen kann, daß sie den Anreiz zur Benutzung der Straßenbahn erneut beleben und eine Zunahme der Fahrgäste sowie eine Erhöhung der Einnahmen mit sich bringen werden.

Die wichtigsten vorgeschlagenen Veränderungen in der kleinen Linienvorlage sind folgende:

Verlängerung der Linie 8: Vom Barbarossaplatz bis zum jetzigen Endpunkt der Linie 22 in der Altenberaer Straße.

Verbindung der Linie 4: Von der seit 29. Juli 1920 aufgelassenen Ringlinie 4 soll die verkehrreichere Westhälfte wieder aufgenommen und mit der Linie 10 zu einer durchgehenden Linie: Schnorrstraße — Volkplatz — Friedrich-Anhalt-Brücke — Vorstadt Mitten — Vorstadt Hebborn verbunden werden.

Umleitung der Linie 6: In zwei Linien: a) Wilder Mann — Vorstadt Mitten (wie bisher), b) Wilder Mann — Hauptbahnhof (Hörsingplatz). Die Linie a) geht also hinter der hohen Brücke. Der eine Ast führt, wie bisher, nach Mitten, der andere Ast durch die Bismarckstraße nach dem Hauptbahnhof.

Verlängerung der drei Linien 9, 11 und 16 zu zwei Linien: 9: Grenadierkaferne — Leubnitz-Neuhof — Vorstadt Heide und 11: Weichig — Pöhlitz — Albertplatz — Schloßplatz — Georgplatz — Hauptbahnhof — Vorstadt Pöhlitz (Vernhardtstraße).

Auflösung der Linie 20 in drei neue Linien, und zwar: Linie 17: Göttenbäcker Straße — Amalienplatz — Neuhof — Vorstadt Mitten (über Carolabrunnen), Linie 20: Pergamenerstraße — Fürstentplatz — Hauptbahnhof — Reichsplatz — Rübenaer Straße, Linie 21: Kronprinzengraben — Volkplatz — Amalienstraße — Zadenplatz — Fürstentstraße (Hofenauerstraße).

Die neue Linie 23 soll später nach Neubau der Rosener Brücke bis nach Völsau durchgeführt werden, um diesem stark bevölkerten Stadtteil die langst gewünschte unmittelbare Verbindung nach dem Hauptbahnhof zu sichern.

Verlängerung der Linie 18 vom Theaterplatz bis zum Volkplatz. Ständelein am Zwinger. Die Vorschläge sollen alsbald nach erfolgter Genehmigung durch die städtischen Körperschaften durchgeführt werden.

Wie man aus den obigen Einzelheiten ersehen kann, stellt die neue Linienführung in der Tat eine erhebliche Verkehrsverbesserung dar. Vor allem bekommt die veraltete Verbindung der Westvorstädte Pöhlitz und Mitten direkte Verbindung mit dem Industriezentrum an der Schandauer Straße. Die Linie 16 hat durch die veringerte Belastung der Rosener sehr an Bedeutung verloren und kann deshalb mit der Linie 9 ohne weiteres verbunden werden. Den größten Vorteil hat zweifellos der Weichig, von dem man längst zum einfachen Fahrpreis ohne Umwegen bis nach Pöhlitz fahren kann.

Weitere Einschränkungen im Zugverkehr Berlin — Dresden — München.

Die Tagesauslastung nach und von München: D 22: ab Ost nachm. 8,50, in München abends 10,15, und 12,20; ab München vorm. 7,40, in Ost nachm. 2,22, fallen von jetzt ab bis auf weiteres aus. Auf der Strecke Berlin — Ost (ab Berlin vorm. 8,50, ab Potsdam abf. 11,45, in Ost nachm. 8,20, und zurück ab Ost nachm. 2,25, in Potsdam abf. 5,55, in Berlin abends 8,50) verkehren keine Züge aber auch weiterhin. Die Anschlußzüge Breslau — Dresden — Ost: D 110: ab Breslau früh 5,44, ab Dresden abf. 10,47, in Reichenbach ab. 24. nachm. 2,01, und umgekehrt, D 125: ab Reichenbach ab. 24. nachm. 4,25, in Dresden abf. 7,25, in

Breslau nachs 12,26 bleiben ebenfalls auf der Strecke Breslau — Reichenbach bei gehalten und werden nur zwischen Reichenbach und Ost aufgegeben. In Reichenbach wartet D 22 den Anschluß vom D 110 ab, so daß auch bei diesem die Verbindung bis Pöhlitz — Ost genahrt ist.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung vom 3. Januar.

In der Entschließung der Stadtverordneten über die Streichung der in den Haushaltsplan 1921 eingestellten Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke wird beschlossen, die Stadtverordneten um nochmalige Prüfung der Rechtsfrage zu ersuchen.

Die dem Ausschuss für Ferienwanderungen des Deutschen Vereins für Volkshilfe auf das Jahr 1921 gewährte Beihilfe von 6000 Mk. wird auf 8000 Mk. erhöht. Von der Ueberweisung einer Summe von 100 000 Mk. für notleidende Kinder in Sachsen und von deren Verteilung wird mit dem Ausdruck des Dankes Kenntnis genommen.

Zur Deckung der beim Erweiterungsbau der 67. Volksschule im Stadtteil Dobritz eingetretenen Ueberforderung der Baufinanz werden 600 000 Mk. an Kosten des Schulbaufonds unter Vorbehalt der Zustimmung des Schulratschusses nachbewilligt.

Bezirksauschuss Dresden-Neustadt.

Der Bezirksauschuss behandelte in seiner Sitzung gestern, Mittwoch, unter Vorsitz des Regierungsrates Dr. v. Naase nur Vorlagen geringeren Interesses. U. a. hand die Einstellung der Kriegswohlfahrtspflege zur Beratung, nachdem deren Abbau schon im Jahre 1920 begonnen hat. Regierungsrat Dr. v. Naase stellte fest, daß zuletzt nur noch an wenige Sozialrentner kleine Leistungen erfolgt sind. Gemäß dem Vorschlag von Kampfordorf beschloß man, die Kriegswohlfahrtspflege am Ende des Geschäftsjahres aufheben zu lassen. — Ein Wahlanspruch lag seitens der bürgerlichen Parteien in Ballroda vor. Hier hatten die Gemeindebeiräte die Bürgerlichen und den Sozialisten die gleiche Wahl abgegeben. Der Gemeindevorstand hatte keine besondere Liste der Wahlberechtigten aufgestellt, sondern nur eine bereits vorhandene vom Jahre 1919 mit allerhand Berichtigungen, aber auch Ungenauigkeiten und Lücken verwendend durch die veraltete Liste waren Wahlberechtigte von der Wahl ausgeschlossen geblieben. Unter normalen Verhältnissen wäre wohl ein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen. In Würdigung dieser Verhältnisse kam der Bezirksauschuss zur Annullierung der Wahl. — Die Grundsteuer für Reichenbach und die Zusatzsteuer für Logistik wurden genehmigt.

— Volkshausverkehr. Neben der Erhöhung der Freifahrt für Jahrlöhner und der Rückzahlungsbefreiung für Parashausbesitzer mußten auch die Preise für Vorbrude zum Teil erhöht werden. Es löten vom 1. Januar ab ein Zweckst mit 50 Blättern, ein Ueberweissungst mit 50 Blättern, 100 Vorbrude zu Erhöherweissungen 5, 100 Vorbrude zu Zahlungsumweissungen 10 Mk. Die Anträge, die bei den Volkskammern bis Ende Dezember eingegangen sind, aber erst im Januar erledigt werden können, werden noch zu den alten Preisen bzw. kostenfrei ausgeführt.

— Volkshausbeleuchtung. Für den Januar werden den Volkshäusern für 11 Kochtage, und zwar für vier Tage weiche Bienen, vier Tage Erbsen und drei Tage Weich, sowie außerdem ein Vollen Säulenfruchtkonserven als Dichtungsmittel zugewiesen.

— Die Mauls und Alanenische wurde am 31. Dezember im Reichsamt Sachsen in 84 Gemeinden und 95 Wohnstätten amtlich festgestellt gegen 47 Gemeinden und 74 Wohnstätten am 31. November 1921.

— Bürgermeister Dr. Roth erklärt im Bürgerhäuser „Anzeiger“, er habe gegen das in der Bahangelegenheit errogene Urteil Berufung eingelegt und erwarre, da er seinen Gewissens nach wie vor seine Schuldlosigkeit vertritt und beweisen könne, einen anderen Urteilspruch. Er bitte die Einwohnerlichkeit daher, mit ihrem Urteile über diese Sache bis dahin zurückzubleiben.

— Dank für „Lilke-Rot“-Gaben. Von vielen Seiten ist noch Bekanntheit in den Zeitungen dem Christlichen Verein Junger Männer eine Anleihe von Gaben zur Weihnachtsgabe derer, die in hiesiger Not leben, zugegangen. So konnten denn am Weihnachtsabend acht Gruppen der Jugendabteilung mit zusammen etwa 50 Jungmännern in die Wohnungen verlassener, bitter armer und oft kranker Menschen und Familien gehen und mit Lied und Wort die reichhaltigen Weisheiten austellen. Es waren viele hundert Pfund Lebensmittel, wie Mehl, Hülsenfrüchte, Fett, Mandeln, Nüsse, Stollen, Brot und in ständiger Stoffe, Kleiderstücke, sowie Spielzeug und eine größere Geldsumme eingegangen und zur Verteilung gekommen, so daß 50 Familien eine unerwartete Weihnachtsstunde bereitet werden konnte. Die Not, die dabei zutage kam, war vielfach geradezu furchtbar. Es wurden Menschen vorgefunden, die, in finsternen, kalten Dach- und Kellerzimmern hausend, ohne Ernährung, ohne Licht und ohne Gesundheit waren.

deutschen Woche-Gemeinde, durch Beiträge das Aufkommen der genannten Verhandlungen zu unterstützen.

† Plakette für akademische Verbandsbündnisse. Das Deutsche Hochschulamt für Verbandsbündnisse hat sich mit der Frage einer Verbandsplakette beschäftigt. Trotz der vielen derzeitigen akademischen Plaketten hat das Hochschulamt beschlossen, eine solche Herausgabe zu erwägen, da sie besonders wertvoll wäre. Sie soll in der Hauptsache allen demjenigen Studenten, die die geforderten Leistungsbedingungen abgelegt haben, gegeben werden und zur Erinnerung dienen. Geh. Prof. Dr. Schmidt-Burgk, Aachen, und Prof. Wagner, Jena, werden die Vorarbeiten übertragen.

† Atlas Africanus. Unter diesem Titel gibt das vor einiger Zeit gegründete Forschungsinstitut für Kulturmorphologie in München als erste größere gemeinsame Arbeit ein umfangreiches Kartenwerk heraus, das die gesamte Kulturentwicklung dieses Erdteiles sinnbildlich zu veranschaulichen bestimmt ist. Herausgeber sind der bekannte Afrikaforscher Leo Frobenius und Ritter v. Willm.

† Reichslehre Bücher. Seit kurzem geht die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bochum sehr stark gegen Buchverleumdungen vor und hat bei der dortigen Strafammer in objektiver Verfahren die Unbrauchbarmachung verschiedener Bücher wegen unzulässigen Inhalts erlassen. Es handelt sich durchweg um Traktate, die bisher in Deutschland unbeanstandet erschienen waren, und deren Verlagsort sich nicht in Bochum befindet. Dieser Tage fanden drei Bücher im sogenannten objektiven Verfahren zur Auflage, und zwar: Arthur Japow „Hochschulrecht“, von welchem Werk eine Neuauflage im Verlag von Kurt Ehrlich, Berlin, erschienen war, Johann Georg Wehlers „Philipp der Einzige“, eine Satire auf die gegenwärtige Gesellschaft, im Stile eines Oberleutnants erzählt, der seine Beobachtungen macht, endlich Robert Buchs-Vidua „Schwamie Seelen“, ein Roman, der die Gefahren der Bühnenlaufbahn für junge Mädchen schildert. Es lagen Gutachten des literarisch-literarischen Universitätsprofessors Dr. Georg Witkowski, Leipzig, und des Schriftstellers Julius Hart vor, die sich lobend über die Bücher aussprachen und eine Unzulässigkeit energig bekämpften. Sie führten u. a. aus, daß bei Sittenbildungen natürlich auch das erottische Moment berührt werden müsse, doch sei dies nur vorsichtig und ohne Absicht, lüstern zu wirken, geschehen. Die Reichslehre sei ihnen daher unverständlich. Professor Witkowski betonte, daß er die Verleumdung des Japowschen Buches für die ungeringste hätte, die ihm je vorgekommen. In einer früheren Verhandlung, die vertagt wurde, beschloß das Gericht, als Sach-

verständigen Professor Adolf Bartels, Weimar, zu vernehmen; in der neuen Verhandlung kam dieses Gutachten jedoch nicht zur Verlesung. An seiner Stelle wurde der Oberstaatsanwalt eines Juristenschaters als Gutachter vernommen, dessen Ausführungen das Gericht als unzulässig. Es wurde auf Unbrauchbarmachung von drei Exemplaren von Japows „Hochschulrecht“ und auf gänzliche Unbrauchbarmachung von Wehlers „Philipp der Einzige“ erkannt. Dagegen hob das Gericht die Verleumdung des dritten Buches auf. Wegen des Urteils in Revision eingelegt.

† Um die österreichischen Kunstschätze. Der neuerdings aufgetauchte Gedanke der Verpfändung der letzten noch vorhandenen Gobelinsammlung in Österreich gegen Kreditgewährung ruft die Penningung weiter Kreise hervor. Die künftige Delegation der Künstlervereinigungen in Wien wendet sich gegen diesen Plan und kündigt einen Aufruf an das Volk an, gegen einen derartigen Plan Widerstand zu leisten.

† Die Dreihundertjahrfeier Wolffes. Am 15. Januar begeht Frankreich die Feier des 300-jährigen Geburtsjahres seines größten Komödiendichters Molière. Es sind große Festlichkeiten in Aussicht genommen, für die die Kammer einen größeren Kredit bewilligt hat. Ramentius de Parfior haben werden im Januar im Reichen Hofes fehen. Die Comédie Française, die eine besonders enge literarische Tradition mit Molière verbindet, wird ihren Jahresfestplan ganz auf Molière einstellen. Am 15. Januar veranstaltet die französische Regierung in diesem Theater zu Ehren der an der Feier teilnehmenden ausländischen Vertreter eine Galaveranstaltung des „Bürger als Edelmann“. Am Tage darauf finden Freivortstellungen für die Studenten und Schüler statt.

† Der Film im technischen Unterricht in Frankreich. Wie aus Paris berichtet wird, hat eine dortige Unterrichtsanstalt „Cours d'Enseignement Industriel“, technische Unterrichtsfilme abzuhalten begonnen, die sich des Films als Unterrichtslehre in ausgedehnter Weise bedienen. Nebeneinander laufen zurzeit drei derartige Kurse über Elektrizitätslehre, über Mechanik und über Kinematik.

† Ein neues Mineral. Nach einer Erklärung des Professors Schoet in einer Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist am belgischen Ort bei Balof ein neues Mineral gefunden worden, das dieselben bisausdrachenden Eigenschaften hat wie das Radium. Dieses „Molif“ genannte Mineral hat das Aussehen eines gelblichen Kristalls, das sich aber verändert, wenn diese abgedeckt wird und das Mineral an Luftzutritt verliert.

Dr. 8
Dresdener Nachrichten
Donnerstag, 3. Januar 1922
Seite 3